

Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

zum Verhandlungsgegenstand Datum

A0073/04/1 öffentlich

12.05.2
004

Absender CDU-Ratsfraktion	
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 13.05.2004

Kurztitel Projektgruppe Hartz-Gesetzgebung

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert.

1. Der Stadtrat nimmt die Aktivitäten der Stadtverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit zur Umsetzung von „Hartz IV“ unter Nutzung des Modells 2 (Arbeitsgemeinschaft) nach § 44b SGB II zustimmend zur Kenntnis.
2. Zur Vorbereitung und Umsetzung der Hartz-Gesetzgebung in der Landeshauptstadt Magdeburg wird **der Gesundheits- und Sozialausschuss** ~~eine Projektgruppe gebildet, die über die Fortschritte in den Verhandlungen zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Bundesagentur für Arbeit sowie über deren zukünftige Kooperation informiert wird.~~ **Der Ausschuss** ~~Die Projektgruppe~~ begleitet die Verhandlungen aus der Perspektive des Stadtrates. **Er** ~~Sie~~ bereitet die Beratungen in den Ausschüssen und die abschließenden Entscheidungen im Stadtrat vor. Darüber hinaus sollen die in den Unterarbeitsgruppen zwischen der Stadtverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit erarbeiteten Konzepte zeitnah in den zuständigen Fachausschüssen behandelt werden.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **den Ausschuss** ~~die Projektgruppe~~ bei entscheidenden Entwicklungen, aber mindestens im Abstand von 4 Wochen einzuberufen. **Der Ausschuss** ~~Die Projektgruppe~~ **befasst sich** ~~nimmt ihre Arbeit~~ mit sofortiger Wirkung **mit dieser Thematik** auf.
4. **Sollte der Gesundheits- und Sozialausschuss in der neuen Wahlperiode nicht mehr existent sein, so übernimmt automatisch der Ausschuss die beschriebenen Aufgaben, in den der bisherige Aufgabenbereich des GeSo aufgeht.** ~~Die Mitglieder der Projektgruppe werden durch die Stadtratsfraktionen benannt.~~
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat eine Drucksache zur Umsetzung der Hartz-Gesetzgebung in der Landeshauptstadt Magdeburg durch das

Arbeitsgemeinschaftsmodell zur Beschlussfassung im Oktober, spätestens aber im November 2004 vorzulegen.

Begründung:

Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion ist es nicht notwendig, eine gesonderte Projektgruppe neben dem bestehenden Gesundheits- und Sozialausschuss zu berufen. Daher soll aus diesem Grund auf eine entsprechende Projektgruppe verzichtet werden.

Weitere Begründungen erfolgen gegebenenfalls mündlich.

Reinhard Stern
Fraktionsvorsitzender

